



N i e d e r s c h r i f t

über die 20. Sitzung des Rates (Verabschiedung Haushalt) des Rates der Stadt Monheim am
Rhein vom 28.03.2012
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 21:04 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Markus Schneider
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

bis einschließlich TOP ö 26

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Frau Gisela Herforth
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Gäste

Herr Detlef Hövermann
Herr Udo Jürkenbeck
Herr Heinrich Schwidden

ab TOP ö 27

ab TOP ö 27

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Andreas Piana

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 19. Sitzung des Rates vom 02.02.2012 - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0871
5. Anregung und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung von zwei Bürgerinnen der Stadt Monheim am Rhein zu Eingangsbereichen der Grundschulen VIII/0873
6. Seniorinnen- und Seniorenbeirat VIII/0846
7. Beschäftigungssicherungsvereinbarung BSM VIII/0881
8. Satzung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein VIII/0844
9. Entgeltordnung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein VIII/0845
10. 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010 VIII/0820
11. Satzung zur 2. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/0854
12. Bebauungsplan Nr. 30 M "Gewerbegebiet Am Wald" - 4. Änderung
Behandlung der eingegangenen Anregungen
Satzungsbeschluss VIII/0838

13.	B-Plan 117M "Landschaftspark Rheinbogen" - Reduzierung des Geltungsbereiches - Satzungsbeschluss	VIII/0837/1
14.	Umbenennung eines Teilabschnitts der Konrad-Zuse-Straße in Ecolab-Allee	VIII/0848
15.	Umgestaltung der Straße Rathausplatz von Ausbauende Busbahnhof bis Knotenpunkt Alte Schulstraße / Krischerstraße mit Rathausvorplatz - Baubeschluss	VIII/0847
16.	Integrationskonzept für die Stadt Monheim am Rhein	VIII/0789
17.	Errichtung des Abenteuerspielplatzes	VIII/0874
18.	Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der neu zu gründenden Sekundarschule in Monheim am Rhein zum Schuljahresbeginn 2012/2013	VIII/0833
19.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Betriebskindergarten "Die Sprösslinge"	VIII/0879
20.	Kindergartenbedarfsplanung und Ausbau U3 2012/13	VIII/0819
21.	Fortschreibung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010-2014	VIII/0828
22.	Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein	VIII/0830/1
23.	Präsentation des Jahresberichtes 2011 der Wirtschaftsförderung	VIII/0877
24.	Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen	VIII/0841
25.	Überplanung der städt. Unterkünfte/Übergangwohnheime Bericht zum Projektauftrag "Untersuchung zur Optimierung der städt. Übergangwohnheime" Aufgabe des Standortes Baumberg, Bregenzer Straße 12 c	VIII/0842
26.	Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Jobcenters ME-aktiv Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner 2. Unterbrechung.	VIII/0875
27.	Stellenplan 2012	VIII/0821

28.	Fortschreibung des Sollstellenplans	VIII/0861
29.	Hebesatzsatzung der Grund- und Gewerbesteuer	VIII/0870
30.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012	VIII/0858/1
31.	Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien	VIII/0876
32.	Mündliche Mitteilungen	
33.	Mündliche Anfragen	

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 20. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich die Ratsmitglieder Frau Dr. Schröder-Weber - FDP - und Herr Andreas Piana - PETO - entschuldigt haben.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die mit Schreiben vom 23.03. und 26.03.2012 erweiterte Tagesordnung und die Unterlagen hin, die in die Postfächer nachgereicht wurden:

zu TOP ö 19 (neu), Vorlage VIII/0828, „Fortschreibung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans“; (die Vorlage wurde aus programmtechnischen Gründen versehentlich nicht auf der TO aufgeführt; sie wurde mit der Einladung zum JHA versandt)

zu TOP ö 20 (neu), Vorlage VIII/0830/1 „Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit“, (die Vorlage wurde aus programmtechnischen Gründen versehentlich nicht auf der TO aufgeführt; sie wurde mit der Einladung zum HaFi versandt)

zu TOP ö 26 (neu), Vorlage VIII/0881, „Beschäftigungssicherungsvereinbarung BSM“, (die Vorlage wurde am 26.03. in die Postfächer verteilt)

zu TOP ö 30 (neu), Vorlage VIII/0858/1, „Haushaltssatzung und Haushaltsplan“ und Übersicht zur Online-Bürgerbefragung, (die geänderte Vorlage wurde am 26.03. in die Postfächer verteilt)

zu TOP ö 31 (neu), Vorlage VIII/0876, „Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien“, (die Vorlage wurde am 23.03. in die Postfächer verteilt)

Weiterhin weist der Bürgermeister auf die vor der Sitzung an die Plätze verteilte Stellungnahme der IHK Düsseldorf zum Haushaltsplanentwurf 2012 hin.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Ergänzungen und Hinweisen ergeben sich keine Bedenken.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion regt an, den Tagesordnungspunkt ö 25 „Senioren- und Seniorenbeirat“ in der Beratung vorzuziehen, um die interessierten Besucher nicht zu lange auf die Beratung warten zu lassen.

Gegen den Vorschlag des Bürgermeisters, diesen Punkt in der Tagesordnung als Punkt 6 zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Sprecher von DIE LINKE bittet, den Tagesordnungspunkt ö 26 wegen der Vielzahl an Besuchern, die sich für das Thema „Beschäftigungssicherungsvereinbarung BSM“ interessieren, ebenfalls in der Beratung vorzuziehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass nichts dagegen spreche, die Beratung zu diesem Punkt vorzuziehen. Er weist jedoch darauf hin, dass zu diesem Thema der Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim am Rhein eingeladen wurde. Sobald dieser anwesend sei, könne die Beratung des Themas vorgenommen werden.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag ergeben sich keine Bedenken.

2 Kennnismahme der Niederschrift der 19. Sitzung des Rates vom 02.02.2012 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Vorlage: VIII/0871

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anregung und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung von zwei Bürgerinnen der Stadt Monheim am Rhein zu Eingangsbereichen der Grundschulen

Vorlage: VIII/0873

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und bittet Herrn Apsel um weitergehende Ausführungen zu dem Thema. Auch wegen der vorliegenden Stellungnahmen der Schulen und der Polizei schlägt die Verwaltung vor, den Anregungen der Bürgerinnen nicht zu folgen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion hebt das Engagement der Bürgerinnen hervor, erklärt aber gleichzeitig, der Anregung nicht zu folgen, sondern dem Vorschlag der Verwaltung beizutreten, weil die Stellungnahmen aller Beteiligten zu eindeutig seien.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass die vorgeschlagene Abpollerung nicht die Lösung sein könne. Allerdings halte seine Fraktion an einer Überprüfung des Schulwegsicherungskonzeptes fest. Er schlage vor, einen Arbeitskreis zur Analyse der Schulwege zu bilden und das Ergebnis mit Lösungsvorschlägen im zuständigen Fachausschuss zu präsentieren.

Im weiteren Verlauf der Beratung machen Sprecherinnen und Sprecher der verschiedenen Fraktionen deutlich, dass das vorgeschlagene Abpollern nicht den eigentlichen Zweck - die Sicherheit der Schulkinder - erfüllen könne. Die Problematik sei seit Jahren bekannt und bestehe hauptsächlich in der Ignoranz mancher Eltern. In Zusammenarbeit mit den Schulleitungen sollten deshalb Informationen an die Eltern herausgegeben werden, um auf die Gefährdung der Schüler hinzuweisen. Allerdings könne auch der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf weitere Untersuchungen zum Schulwegsicherungskonzept unterstützt werden.

Der Bürgermeister weist zum Abschluss der Diskussion auf die Beratung eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung des Schulwegsicherungskonzeptes in den Fachausschüssen hin. Diese habe zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt. Eine erneute umfassende Untersuchung würde auch nicht das erhoffte Ergebnis bringen. Aufgrund der Wortbeiträge schlage er vor, gemeinsam mit den Schulen Erörterungsgespräche zum Hol- und Bringdienst durchzuführen und darüber in den Fachausschüssen zu berichten.

Anschließend formuliert er den Beschlussvorschlag wie folgt:

1. Die Anregung wird abgelehnt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Schulen das Thema "Hol- und Bringverkehr" an den Schulen zu erörtern.
3. Die Verwaltung berichtet im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr über die Ergebnisse der Erörterungsgespräche mit den Schulen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion diesem Vorschlag zustimmen werde.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass man den Punkt 3 der Anregung „regelmäßige Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes an den Schulen“ nicht ablehnen solle, da sich diese Maßnahme in den vergangenen Wochen bereits als positiv im Hinblick auf die Lösung des Problems herausgestellt habe.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt gefasst:

1. Die Punkte 1 und 2 der Anregung werden abgelehnt.
Dem Punkt 3 der Anregung - "Der kommunale Ordnungsdienst der Stadt Monheim am Rhein zeigt regelmäßig an den Monheimer Schulen Präsenz, um Eltern auf verkehrswidriges und die Kinder gefährdendes Verhalten aufmerksam zu machen." - wird entsprochen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Schulen das Thema "Hol- und Bringverkehr" an den Schulen zu erörtern.
3. Die Verwaltung berichtet im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr über die Ergebnisse der Erörterungsgespräche mit den Schulen.

Beschluss

1. Die Punkte 1 und 2 der Anregung werden abgelehnt.
Dem Punkt 3 der Anregung - "Der kommunale Ordnungsdienst der Stadt Monheim am Rhein zeigt regelmäßig an den Monheimer Schulen Präsenz, um Eltern auf verkehrswidriges und die Kinder gefährdendes Verhalten aufmerksam zu machen." - wird entsprochen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Schulen das Thema "Hol- und Bringverkehr" an den Schulen zu erörtern.
3. Die Verwaltung berichtet im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr über die Ergebnisse der Erörterungsgespräche mit den Schulen.

einstimmig zugestimmt

6 Seniorinnen- und Seniorenbeirat Vorlage: VIII/0846

Die Verwaltung informiert über die Situation des Seniorinnen- und Seniorenbeirats nach dem Mandatsverzicht von fünf gewählten Mitgliedern. Der Sachverhalt der Verwaltungsvorlage wird eingehend dargestellt.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass sie es sehr begrüße, dass die verbleibenden Mitglieder den Seniorinnen- und Seniorenbeirat, dessen Mitglieder demokratisch gewählt worden seien, weiterführen würden.

Der Bürgermeister erklärt abschließend, dass die Verwaltung den Seniorinnen- und Seniorenbeirat bei seiner Arbeit unterstützen werde.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

7 Beschäftigungssicherungsvereinbarung BSM Vorlage: VIII/0881

Der Bürgermeister begrüßt den Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM), Herrn Hövermann. Anschließend erläutert er eingehend die Verwaltungsvorlage und weist auf den Antrag der SPD-Fraktion, der der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügt wurde, hin.

Er führt aus, dass es inakzeptabel sei, ein Versprechen in Form einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung für sieben Jahre abzuschließen, ohne Kenntnis oder Sicherheit zu haben, ob die jährlichen Defizite des Unternehmens sich verringern werden. Er erklärt ausdrücklich, dass er an den BSM als städtischer Tochter festhalten wolle, doch auf die Umsetzung der notwendigen Defizitverringerung könne nicht verzichtet werden. Er weist in diesem Zusammenhang auf das durch einen externen Gutachter erstellte Gutachten hin, nach dem bei der BSM im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen eine unzureichende Kostenwirtschaftlichkeit festgestellt wurde.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion begründet den Antrag. Sie erklärt, dass bekannt war, dass dieser verfristet gestellt worden sei. Allerdings habe man aus den in dem Antrag genannten Gründen die Dringlichkeit zur Beratung bzw. dem Abschluss einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung gesehen. Zu den Ausführungen des Bürgermeisters und den Feststellungen des Gutachters äußert sie, dass ihre Fraktion einige Punkte völlig anders sehe. Für ihre Fraktion stelle es sich so dar, als solle das Defizit einseitig zu Lasten der Beschäftigten mit dem geringsten Einkommen reduziert werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Rat sich nicht in die laufenden Verhandlungen zwischen dem Geschäftsführer der BSM und dem Betriebsrat einmischen solle. Nochmals weist er auf das vorliegende Gutachten hin, welches verschiedene dauerhafte Kostensenkungspotenziale aufzeige. Eine Defizitverringerung stelle die beste Bestandsgarantie für die BSM dar. Dass bei den Verhandlungen auf die Sozialverträglichkeit geachtet werde und der Tarifvertrag Anwendung findet, sei selbstverständlich.

Der Sprecher der CDU-Fraktion nimmt Bezug auf die Sitzung des Aufsichtsrates der MVV, wo festgestellt wurde, dass die Defizite bei den Beteiligungsunternehmen zu verringern seien. An die Geschäftsführer sei der Auftrag zur Defizitverringerung erteilt worden. Durch die durch die SPD-Fraktion beantragte Beschäftigungssicherungsvereinbarung würde Einfluss auf die derzeit laufenden Verhandlungen genommen. Der Rat dürfe durch die Zustimmung zu dem eindeutig einseitigen Antrag den Verhandlungen nicht vorgreifen. Auch er hebt hervor, dass der Rat immer zu dem Bestand der BSM gestanden habe und nie über einen Verkauf des Unternehmens nachgedacht worden sei. Dieses sei ein Signal für die Beschäf-

tigten. Seine Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion macht ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass es sehr schwierig sei, über das Thema zu entscheiden, da seine Fraktion nicht im Aufsichtsrat der MVV vertreten sei und deshalb nicht das notwendige Hintergrundwissen aus diesem Gremium und aus dem Gutachten habe. Er macht jedoch deutlich, dass seines Erachtens in Anbetracht des steigenden Verkehrsaufkommens in Richtung Monheim und Baumberg der ÖPNV, hier die BSM als Verkehrsträger zwischen den beiden Oberzentren Köln und Düsseldorf, zu stärken sei. Er schlage deshalb vor, sich heute zu enthalten und die Tarifpartner eine Lösung finden zu lassen, bei der sowohl der Erhalt der Arbeitsplätze gesichert als auch eine Verringerung der Kosten festgeschrieben werde. Er würde es begrüßen, wenn der heute anwesende Geschäftsführer der BSM zu dem Thema berichten könnte.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass sie inhaltlich dem Antrag der SPD nicht folgen könne. Solch eine verbindliche Weisung des Rates an die Geschäftsführung sei kritisch zu betrachten. Bezüglich des Vorschlags ihres Vorredners, den Geschäftsführer der BSM zu Einzelheiten des Gutachtens ausführen zu lassen, ist sie der Auffassung, dass dies nicht im Rat, sondern im Aufsichtsrat zu erfolgen habe.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion hält fest, dass sich als Resümee aller Wortmeldungen festhalten lasse, dass eine Konsolidierung des Unternehmens dringend erforderlich sei und dass keine Vorgabe an nur einen Verhandlungspartner erfolgen dürfe. Nicht der Rat, sondern die Geschäftsführung des Unternehmens sei für die Aushandlung einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung zuständig. Auch sie stellt nochmals heraus, dass die Stadt bereit sei, eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung abzuschließen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt würden. Grundlage dafür sei die notwendige Vereinbarung zwischen dem Unternehmen und dem Betriebsrat. Aus den vorgenannten Gründen werde die PETO-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Dem Antrag der SPD-Fraktion könne nicht gefolgt werden.

Nach den Wortbeiträgen stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein weist die Vertreterinnen und Vertreter in den Gesellschaftsgremien der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) gemäß § 113 Absatz 1 GO NRW an, einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung bis Ende 2019 erst dann zuzustimmen, wenn eine Einigung mit dem Betriebsrat zur Umsetzung der mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen aufgrund des Restrukturierungsgutachtens der BbA – Dr. Bruns & Fetzer Unternehmensberatung GmbH, Hamburg, erzielt werden kann.
2. Dem Antrag der SPD-Fraktion (s. **Anlage 1**) vom 20.03.2012 wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 2 FDP, 1 BM
10 Nein-Stimmen: 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke
3 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grünen

mehrheitlich angenommen

**8 Satzung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0844**

Beschluss

Die Satzung der KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**9 Entgeltordnung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0845**

Beschluss

Die Entgeltordnung der KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**10 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010
Vorlage: VIII/0820**

Beschluss

Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010, wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses (siehe Anlagen).

einstimmig zugestimmt

11 **Satzung zur 2. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0854

Beschluss

Die Satzung zur 2. Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Gebührensatzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

12 **Bebauungsplan Nr. 30 M "Gewerbegebiet Am Wald" - 4. Änderung**
Behandlung der eingegangenen Anregungen
Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0838

Beschluss

1. Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr. 7 zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 30M-4. Änderung „Gewerbegebiet Am Wald“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

einstimmig zugestimmt

13 **B-Plan 117M "Landschaftspark Rheinbogen"**
- Reduzierung des Geltungsbereiches
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0837/1

Frau Stamm - Bündnis90/Die Grünen – meldet Ausschließungsgründe an, weil sie Vorsitzende des Vereins Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V. sei. Der Bürgermeister erklärt, dass bei den Beratungen über den Bebauungsplan Frau Stamm nicht befangen sei und sie an den Beratungen und der Abstimmung durchaus teilnehmen könne.

Bezüglich der Frage eines Sprechers der CDU-Fraktion hinsichtlich der Nutzbarkeit des Grundstückes der St. Sebastianus Schützenbruderschaft erklärt die Verwaltung, dass mit der vorliegenden Festsetzung im Bebauungsplan keine eigentumsrechtlichen Grundlagen ausgelöst würden; die erforderlichen Verhandlungen

mit dem Eigentümer würden zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Festsetzungen im Bebauungsplan seien in Absprache mit der Schützenbruderschaft geändert worden.

Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass das vorliegende Gestaltungskonzept Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes sei, aber noch keine endgültige Beschlussfassung über das Konzept erfolge. Die genaue Ausführungsplanung werde zu einem späteren Zeitpunkt konkret vorgestellt und mit dem Baubeschluss durch den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen beschlossen.

Beschluss

- Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 117 M „Landschaftspark Rheinbogen“ wird auf den in Anlage 01 zur Vorlage dargestellten Geltungsbereich reduziert.
- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen 15 und 17 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 117 M „Landschaftspark Rheinbogen“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
- Der Gestaltungsentwurf (Anlage 07) der Landschaftsarchitekten „Strauchwerk“ wird konzeptionell als Grundlage für die weitere Planung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen **11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP,
1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM**
12 Nein-Stimmen **CDU**

mehrheitlich zugestimmt

14 Umbenennung eines Teilabschnitts der Konrad-Zuse-Straße in Ecolab-Allee Vorlage: VIII/0848

Beschluss

Der im Gebiet des Bebauungsplanes B-35 gelegene Teilabschnitt wird in „Ecolab-Allee“ umbenannt.

einstimmig zugestimmt

- 15 Umgestaltung der Straße Rathausplatz von Ausbauende Busbahnhof bis Knotenpunkt Alte Schulstraße / Krischerstraße mit Rathausvorplatz - Bau-
beschluss**
Vorlage: VIII/0847

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Entwurfsplanung des Büros MWM Aachen (Variante -3- Minikreisverkehr mit paralleler Pflasterausrichtung) und vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2012 durch den Rat der Stadt die bauliche Umgestaltung des Rathausvorplatzes von Ausbauende Busbahnhof bis Knotenpunkt Alte Schulstraße / Krischerstraße vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen	11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM
14 Nein-Stimmen	12 CDU, 2 FDP

mehrheitlich zugestimmt

- 16 Integrationskonzept für die Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: VIII/0789

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Ergänzungen aus dem Integrationsausschuss und aus dem Ausschuss für Öffentliches und Soziales in das Konzept eingearbeitet wurden.

Beschluss

Das Konzept zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Form beschlossen.

einstimmig zugestimmt

- 17 Errichtung des Abenteuerspielplatzes**
Vorlage: VIII/0874

Frau Stamm - Bündnis90/Die Grünen - erklärt sich für befangen, weil sie Vorsitzende des Vereins Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V. sei und nimmt im Zuschauerraum Platz. Nach der Abstimmung nimmt Frau Stamm wieder ihren Platz ein.

Beschluss

1. Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.
2. Die benötigten Haushaltsmittel werden im Haushaltsjahr 2012 unter dem Vorbehalt der entsprechenden Zuschussgewährung zur Verfügung gestellt.

einstimmig zugestimmt

18 **Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der neu zu gründenden Sekundarschule in Monheim am Rhein zum Schuljahresbeginn 2012/2013**
Vorlage: VIII/0833

Beschluss

1. Zum Schuljahresbeginn 2012/2013 und den folgenden Schuljahren wird in der neu zu gründenden Sekundarschule in Monheim am Rhein in jeweils einer Eingangsklasse eine integrative Lerngruppe (ILG) eingerichtet.
2. Zur Herstellung der sächlichen Voraussetzungen wird im Haushaltsplan 2012 ein Ansatz für Sachmittel (Erstausstattung für sonderpädagogische Unterrichtsmaterialien) berücksichtigt. Die Höhe des Ansatzes wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2012 (Nachtragsliste) beziffert.

einstimmig zugestimmt

19 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Betriebskindergarten "Die Sprösslinge"**
Vorlage: VIII/0879

Der Bürgermeister verweist auf die Informationen aus dem Interfraktionellen Gespräch und teilt mit, dass der Vertragspartner die öffentlich-rechtliche Vereinbarung noch nicht unterzeichnet habe. Er regt an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Verwaltung dem Rat vor der Sommerpause erneut eine Vorlage vorlegen werde, wenn die Unterzeichnung nicht stattfände.

Gegen diesen Vorschlag ergeben sich keine Bedenken.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des als Anlage beigefügten Entwurfes eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Betriebskindergarten „Die Sprösslinge“ mit den Beteiligten abzuschließen. Sollte die Vereinbarung nicht unterzeichnet werden, wird die Verwaltung dem Rat vor der Sommerpause erneut eine

Vorlage zur Beratung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen 12 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 2 FDP, 1 Frau Friedrich,
1 Linke, 1 BM

3 Enthaltungen Bündnis90/Die Grünen

einstimmig zugestimmt

20

Kindergartenbedarfsplanung und Ausbau U3 2012/13

Vorlage: VIII/0819

Beschluss

I Betriebskindertageseinrichtung „Die Sprösslinge“

Die Betriebskindertagesstätte „Die Sprösslinge“ in Trägerschaft der educare Bildungskindertagesstätten, Köln der Bayer CropScience wird ab dem Kindergartenjahr 2012/13 in die Jugendhilfeplanung/KiBiz-Planung der Stadt Monheim am Rhein aufgenommen. Der Haushaltsplan ist entsprechend anzupassen.

II Betreuungsquote U3

Die Betreuungsquote für Kinder im Alter unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2013/2014 wird auf 35% erhöht.

III Kindergartenbedarfsplan 2012/13

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter	Formen	Plätze/	Gruppen
2-6 Jahre	Ia	5	0,25
	Ib	103	5,15
	Ic	237	11,85
0-3 Jahre	IIb	15	1,50
	IIc	85	8,50
3 Jahre und älter	IIIa	81	3,24
	IIIb	359	14,36
	IIIc	394	19,70

VI Ausbauschritte U3 für das Kindergartenjahr 2012/13

Die Verwaltung wird entsprechend der aktualisierten U3-Ausbauplanung beauftragt, 26 neue U3-Plätze für das Kindergartenjahr 2012/13 zu schaffen.

V Laufende Betriebskosten/Kindpauschalen

Für die Umsetzung der gesetzlich gebotenen U3-Planung und zur Sicherung der Rechtsanspruchsplätze für 3-6 jährige Kinder wird ein Budget in Höhe von 6,7 Mio EUR für die laufenden Zuschüsse zu den Kindpauschalen an die freien Träger im Haushaltsjahr 2012 bereit gestellt.

VI Ausbau Bedarfsplan 2013/2014

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sommerpause 2012 Lösungsvorschläge und Kostenermittlungen zur Errichtung von drei zusätzlichen Gruppen für das Kitajahr 2013/2014 vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

21 Fortschreibung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010-2014

Vorlage: VIII/0828

Beschluss

Der vorliegende Entwurf zur Fortschreibung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010 – 2014 wird beschlossen.

einstimmig zugestimmt

22 Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0830/1

Beschluss

Die Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein werden - mit den in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2012 beratenen Ergänzungen - in der vorliegenden Neufassung beschlossen.

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**23 Präsentation des Jahresberichtes 2011 der Wirtschaftsförderung
Vorlage: VIII/0877**

Herr Waters stellt den Wirtschaftsförderungsbericht anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Der Jahresbericht 2011 der Wirtschaftsförderung wird zur Kenntnis genommen.

**24 Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen
Vorlage: VIII/0841**

Der Bürgermeister weist auf die Vorberatung in den Fachausschüssen hin. Aufgrund dessen müsse der letzte Satz der Beschlussvorlage wie folgt geändert werden: „Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 30.000 €im Jahr 2012 sowie 55.000 €in den Folgejahren werden in den Haushalt eingestellt.“

Beschluss

Das vorgelegte Konzept „Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende Vereinbarung mit dem SKFM Monheim abzuschließen.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 30.000 €im Jahr 2012 sowie 55.000 €in den Folgejahren werden in den Haushalt eingestellt.

einstimmig zugestimmt

**25 Überplanung der städt. Unterkünfte/Übergangswohnheime
Bericht zum Projektauftrag "Untersuchung zur Optimierung der städt. Übergangswohnheime"
Aufgabe des Standortes Baumberg, Bregenzer Straße 12 c
Vorlage: VIII/0842**

Beschluss

Der vorlegte Bericht über die „Untersuchung zur Optimierung der städt. Übergangswohnheime wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird mit allen zur Umsetzung, insbesondere zur Aufgabe des Standortes Bregenzer Straße, erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Über den Zwischenstand wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten berichtet.

einstimmig zugestimmt

**Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Jobcenters ME-aktiv
Vorlage: VIII/0875**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist auf die Informationen im Interfraktionellen Gespräch hin.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass man über das Ergebnis des Gutachtens, nämlich die Empfehlung auf eine Reduzierung von derzeit zehn auf einen zentralen Standort, entsetzt sei. Die mit einer Standortverringering einhergehenden Nachteile könnten für die Betroffenen nicht hingenommen werden. Man solle deshalb als politische Vertreter auf allen Ebenen Druck gegen diese Pläne ausüben.

Der Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass auch seine Fraktion sich wünsche, eine Filiale des Jobcenters in Monheim am Rhein vorzuhalten und der Vorlage zustimmen werde. Dennoch könne er die Ausführungen seines Vorredners nicht unentgegen lassen. Von einer Standortverringering seien arbeitsfähige Arbeitslose betroffen, denen durchaus eine Fahrt zu einer Geschäftsstelle in eine benachbarte Stadt zugemutet werden könne. Dennoch würde man es sehr begrüßen, wenn in der Stadt Monheim am Rhein weiterhin eine Geschäftsstelle erhalten bliebe.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein empfiehlt dem Kreis Mettmann als Träger der gemeinsamen Einrichtung eine Geschäftsstelle des Jobcenters ME-aktiv auch in Zukunft in der Stadt Monheim am Rhein vorzuhalten.

einstimmig zugestimmt

Vor Eintritt in die Beratung über die folgenden Tagesordnungspunkte verständigt man sich darauf, die Sitzung zunächst für eine 15minütige Pause zu unterbrechen und dann die 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner aufzurufen.

**Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Unterbrechung**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

**Stellenplan 2012
Vorlage: VIII/0821**

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird festgelegt, dass die Tagesordnungspunkte,

die den Haushalt betreffen, im Paket beraten werden. Dabei soll in der Reihenfolge

1. Online-Bürgerbeteiligung,
 2. Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden und
 3. Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 27 bis 30
- vorgegangen werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass man über die Online-Bürgerbeteiligung positiv überrascht sei. Man wolle diese auf jeden Fall im nächsten Jahr weiterführen. Deshalb solle die Verwaltung beauftragt werden, die Online-Bürgerbefragung zum Haushalt auch im Jahr 2013 weiterzuführen.

Nach Hinweis auf die vorliegende tabellarische Übersicht erläutert der Bürgermeister wie die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Maßnahmen aus dem Bürgerhaushalt ermittelt wurden. Die Verwaltung schlägt vor, an den vorgeschlagenen Maßnahmen festzuhalten.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion äußert sich positiv zu der Online-Bürgerbeteiligung und spricht der Verwaltung ein Lob für die vorgelegten Unterlagen aus.

Auch die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass sie über das Ergebnis überrascht sei. Wichtig sei, dass zwei wichtige Ziele - Information und Motivation - mit der Online-Bürgerbeteiligung erreicht worden seien. Sie schlägt für die Zukunft vor, parallel mit der Einbringung des neuen Haushaltes jeweils die Online-Beteiligung zu starten.

Der Bürgermeister ruft die einzelnen Teilabschnitte 1 bis 3, mit Hinweis auf Berücksichtigung der Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Ideen, zur Beratung und Abstimmung auf.

Teil 1 A. Straßen- und Kanalbau

Abstimmung zu Teil 1 A. Straßen- und Kanalbau:

einstimmig

Teil 1 B. Fahrzeuge Feuerwehr

Auf den Vorschlag der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu prüfen, ob bzgl. der Fahrzeuge Kooperationen mit Nachbarstädten möglich sei, entgegnet die Verwaltung, dass die Prüfung durchgeführt wurde und zu dem Ergebnis geführt habe, dass keine Kooperation möglich sei, weil die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt werden könnten.

Zu dem weiteren Prüfauftrag hinsichtlich einer Kooperation zur Nutzung eines Löschbootes mit der Berufsfeuerwehr Leverkusen teilt die Verwaltung mit, dass man auch hier keine Möglichkeit zu einer Kooperation sehe. Man habe im Fachausschuss eingehend darüber berichtet.

Abstimmung zu Teil 1 B. Fahrzeuge Feuerwehr

einstimmig

Teil 1 C. Sportstätten und Spielplätze

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion aus hinlänglich bekannten Gründen der Nummer 3 „Grunderwerb Neubau BSA Baumberg“ nicht zustimmen werde.

Sowohl die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen als auch der Sprecher der CDU-Fraktion erklären, ebenfalls diesem Punkt nicht zuzustimmen.

Der Bürgermeister ruft zu getrennter Abstimmung auf.

Abstimmung zu Teil 1 C. Sportstätten und Spielplätze - Nummern 1, 2, 4 und 5:

einstimmig

Abstimmung zu Teil 1 C. Sportstätten und Spielplätze - Nummer 3:

21 Ja-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 BM

18 Nein-Stimmen: 12 CDU, 2 FDP, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke

mehrheitlich zugestimmt

Teil 1 D. Bildungsinfrastruktur

Abstimmung zu Teil 1 D. Bildungsinfrastruktur:

einstimmig

Teil 1 E. Grunderwerb

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt über die Nummer 1 getrennt abzustimmen. Die CDU-Fraktion beantragt über die Nummer 2 getrennt abzustimmen.

Der Bürgermeister ruft zu den Abstimmungen auf.

Abstimmung zu Teil 1 E. Grunderwerb - Nummer 1 „Erschließungsflächen B’Plan 45 B“

21 Ja-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 BM

18 Nein-Stimmen: 12 CDU, 2 FDP, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmung zu Teil 1 E. Grunderwerb - Nummer 2 „Landschaftspark Rheinbogen“

**27 Ja-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP,
1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM**

12 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

Teil 2: Bürgerbeteiligung (weitere Investitionen 2012) – soweit positiver Saldo

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Verwaltung zu Idee 7 fragt die Sprecherin der SPD-Fraktion nach, für welche Zwecke die Geschwindigkeitsmessungen, die mit den stadteigenen Zählgeräten vorgenommen werden können, dienen sollen.

Die Verwaltung erläutert eingehend die Funktionsweise der Zählgeräte und welche Daten damit erhoben werden können. Sie erklärt, dass aufgrund dieser Geschwindigkeitsmessungen keine Bußgelder erhoben würden, da die Fahrzeuge nicht geblitzt würden.

Bezüglich der Verwaltungsstellungnahme zu Idee 10 bittet die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen darum, durch Presseinformationen auf die Behindertentoilette im Monheimer Tor aufmerksam zu machen. Außerdem solle dort eine deutlichere Beschilderung erfolgen.

Der Bürgermeister sagt zu, den Eigentümer des Monheimer Tores zu einer deutlicheren Kennzeichnung der Behindertentoilette anzuhalten.

Zu der Aufforderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Bürgeranregung hinsichtlich der Verringerung der Klassenfrequenzrichtwerte (Idee 6) zu folgen, verweist der Bürgermeister auf die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung, wonach der Vorschlag als begrüßenswert angesehen werde.

Ergänzend weist er darauf hin, dass unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Bürger-Ideen und -Kommentaren zustimmend zur Kenntnis genommen werden sollen.

Auf den Vorschlag der Sprecherin der FDP-Fraktion, die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen, entgegnet der Bürgermeister, dass sich dieses aus den einzelnen Stellungnahmen der Verwaltung bereits ergeben würde. Die Stellungnahmen seien Teil des Beschlusses.

Zu dem weiteren Verfahren hinsichtlich des Online-Bürgerhaushaltes führt der Bürgermeister aus, dass die Beschlüsse zu den einzelnen Maßnahmen nach der Ratssitzung in den Online-Bürgerhaushalt eingestellt würden und dass jedem Bürger und jeder Bürgerin per E-Mail eine Stellungnahme zu der Idee oder dem Vor-

schlag mitgeteilt werde.

Abstimmung zu Teil 2 (Maßnahmen 1 bis 37)

einstimmig

Teil 3 Anregungen zur Beteiligung zum Haushalt 2013 - soweit positiver Saldo

Der Bürgermeister schlägt vor, die Maßnahmen aus Teil 3 (Maßnahmen 1 bis 10) entsprechend der Verwaltungsstellungen weiterzuführen.

Die Verwaltungsstellungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach Abschluss der Beratungen über den Online-Bürgerhaushalt erteilt der Bürgermeister in nachfolgend aufgeführter Reihenfolge den Fraktionsvorsitzenden und dem Sprecher der Linken das Wort, um ihre Haushaltsreden vorzutragen.

1. Herr Tim Brühland - CDU-Fraktion
2. Frau Lisa Riedel - PETO-Fraktion
3. Frau Ursula Schlößer - SPD-Fraktion
4. Frau Andrea Stamm - Fraktion Bündnis90/Die Grünen
5. Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz - FDP-Fraktion
6. Herr Benjamin Kenzler - Die Linke

Hinweis zum Protokoll:

Die Haushaltsreden werden dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Im Anschluss ruft der Bürgermeister die Tagesordnungspunkte 27 bis 30 einzeln zur Abstimmung auf.

Beschluss

Der Stellenplan 2012 wird in der von der Verwaltung eingebrachten Form, die sich aus den beigelegten Tabellen ergibt, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM

15 Nein-Stimmen: 12 CDU, 2 FDP, 1 Linke

mehrheitlich zugestimmt

28 Fortschreibung des Sollstellenplans
Vorlage: VIII/0861

Beschluss

Der zurzeit gültige Sollstellenplan wird für den Planungszeitraum 2012 – 2015 fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

**24 Ja-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen,
1 Frau Friedrich, 1 BM**

15 Nein-Stimmen: 12 CDU, 2 FDP, 1 Linke

mehrheitlich zugestimmt

29 Hebesatzsatzung der Grund- und Gewerbesteuer
Vorlage: VIII/0870

Beschluss

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

**38 Ja-Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen,
2 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM**

1 Nein-Stimmen: Linke

mehrheitlich zugestimmt

30 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012
Vorlage: VIII/0858/1

Beschluss

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2012 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.

2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2012 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2012 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Bereiche ist als verbindlich anzusehen.
3. Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung entsprechend der mit Schreiben vom 20.03.2012 den Ratsmitgliedern zugeleiteten Unterlage zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Online-Beteiligung weiter zu entwickeln und ein Konzept zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in kommenden Haushaltsplanberatungen auszuarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss bis zum 27.06.2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen **11 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM**
13 Nein-Stimmen: **12 CDU, 1 Linke**

mehrheitlich zugestimmt

31 Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/0876

Der Bürgermeister weist auf eine Ergänzung zum Antrag der SPD-Fraktion auf Nachbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hin. Für das ausgeschiedene stellvertretende Mitglied Michel Wiesemann (SB) soll Frau Jenny Pepper (SB) als stellvertretendes Ausschussmitglied nachrücken. Der Beschlussvorschlag soll entsprechend ergänzt werden.

Beschluss

Die Nachbesetzungen in den Ratsausschüssen für Öffentliches und Soziales, Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr und Bildung, Kultur und Sport werden wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die ergänzte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

32 Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

33 Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Heimweg.

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für 10 Minuten.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin

Anlagen:

Haushaltsreden von:

Herr Tim Brühland - CDU-Fraktion

Frau Lisa Riedel - PETO-Fraktion

Frau Ursula Schlößer - SPD-Fraktion

Frau Andrea Stamm - Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz - FDP-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler - Die Linke